



ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das
Präsidium des NationalratesDr-Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Betreff	35 GE/986
Zi	
Datum:	10. JUNI 1986
Verteilt:	10.6.86 Kollmann

J. Zain

Ihre Zeichen

-

Unsere Zeichen
ÖD-ZB-2511Telefon (0222) 65 37 65
Durchwahl 288Datum
1986 06 06

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes über
den Ausbildungsbeitrag für Rechts-
praktikanten (Rechtspraktikanten-
Ausbildungsbeitragsgesetz);
Stellungnahme

Der Österreichische Arbeiterkammertag übersendet 25 Exemplare seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen Information.

Der Präsident:

Der Kammeramtsdirektor:
iABeilagen

**ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG**

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 634

An das

Bundesministerium für
JustizMuseumstraße 7
1070 W i e n

Ihre Zeichen

599.00/9-
III 1/86

Unsere Zeichen

ÖD-Dr.Be 2511

Telefon (0222) 65 37 65

Durchwahl 288

Datum

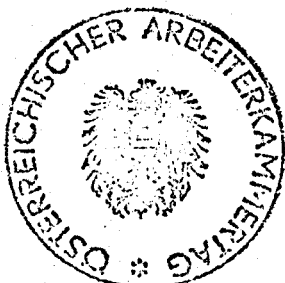
16.5.1986

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes über
den Ausbildungsbeitrag für Rechts-
praktikanten (Rechtspraktikanten-
Ausbildungsbeitragsgesetz)

Der Österreichische Arbeiterkammertag begrüßt die Bestrebungen des Entwurfs, die den Rechtspraktikanten für ihre Tätigkeit zu leistende Vergütung gesetzlich zu verankern. Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage hinsichtlich des Anspruchs auf Zahlung eines Ausbildungsbeitrages sollte jedoch nur einen weiteren Schritt zur Festigung der finanziellen Situation der Rechtspraktikanten darstellen. Durch die Zulassung zur Gerichtspraxis und die Zahlung des Ausbildungsbeitrages wird zwar kein Dienstverhältnis begründet, nach Meinung des Österreichischen Arbeiterkammertages wäre es jedoch aus sozialen Gründen gerechtfertigt, die Ansprüche dieser Gruppe in besoldungsrechtlicher Hinsicht allen anderen Akademikern anzugleichen, die nach Absolvierung eines Hochschulstudiums in den Bundesdienst eintreten.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor: